

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB
zum Erfordernis ökologischer
Vorsorgestrategien: Umweltpolitik - ein
Überlebensgebot.
(Teil I)

Seite 1

Brigitte Adler MdB zur
dringend erforderlichen
EG-Agrarreform und
zum agrarpolitischen
Parteitagbeschluss:
Bundesregierung ohne
Reformwillen.

Seite 4

Dr. Jürgen Burckhardt
zum Tod des langjähri-
gen Abteilungsleiters
in der Friedrich-Ebert-
Stiftung: Abschied von
Dr. Wilhelm Bruns.

Seite 5

46. Jahrgang / Nr. 108

11. Juni 1991

Umweltpolitik - ein Überlebensgebot (I) Zum Erfordernis ökologischer Vorsorgestrategien

Von Harald B. Schäfer
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion im
Deutschen Bundestag

Seit zu Beginn der 70er Jahre mit dem ersten Umweltprogramm der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik ernsthaft mit dem Umweltschutz begonnen wurde, stehen Ökologie und Ökonomie bei uns in einem Spannungsverhältnis. Vorher, also in den 50er und 60er Jahren, war Umwelt noch weitgehend als kostenloser Produktionsfaktor angesehen worden, erfolgten wirtschaftlicher Aufbau und zunehmender Wohlstand weitgehend zu Lasten der Umwelt. Die Entwicklung seither läßt sich als ein Prozeß fortschreitender Integration ökologischer Zielsetzungen in die Wirtschaftspolitik beschreiben. Allerdings verlief dieser Prozeß nicht gradlinig, sondern stockte zuweilen oder war mit Rückschlägen verbunden.

In der Anfangsphase der Umweltpolitik traten Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie allenfalls in milder Form auf. Denn in dieser Anfangsphase der Umweltpolitik ließen sich mit relativ geringem Mitteleinsatz hohe Umweltentlastungseffekte erzielen (z.B. Staubausscheidung).

Virulent wurde der Konflikt Mitte der 70er Jahre mit der beginnenden Rezession. Der Umweltschutz wurde in die Rolle eines wirtschaftlichen "Störenfriedes" (Sachverständigenrat für Umweltfragen, Umweltgutachten 1978) gedrängt. Wachsende betriebliche Kosten für Umweltschutzmaßnahmen galten als Hindernis, die erstrebten quantitativen Wachstums- und Beschäftigungsziele zu erreichen. Es entstand die Legende vom "Jobkiller" Umweltschutz. Obwohl schon bald durch umfangreiche Studien belegt wurde, daß die Umweltpolitik in der Bundesrepublik per Saldo gesamtwirtschaftlich eher positive Beschäftigungseffekte hatte, kam es noch in der sozial-liberalen Koalition (Gymnich) zu verminderter umweltpolitischer Reformbereitschaft, die dazu führte, daß wichtige umweltpolitische Vorhaben wie z.B. die Großfeuerungsanlagenverordnung und die Einführung des Dreifwegekatalysators für Pkw zunächst in den Schubladen blieben. Hauptziel war, daß die Schöte wieder rauchen sollten.

Heute treffen wir in den neuen Bundesländern teilweise eine ähnliche Bewußtseinslage an. Auch hier sehen viele nur, daß alte Arbeitsplätze in umweltbelastenden Industrien wegfallen, ohne zu sehen, welche neuen Beschäftigungschancen bei der Umweltsanierung und in modernen, umweltverträglichen Industrien entstehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Nicht zuletzt die großen ökologischen Katastrophen des letzten Jahrzehnts, das Waldsterben, die Nordseeverschmutzung und der Artenod und nicht zuletzt die drohende Klimakatastrophe haben dazu geführt, daß die Notwendigkeit einer engagierten Umweltpolitik heute kaum noch ernsthaft bestritten wird. Daß der Umweltschutz selbst zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden ist (Produktion von Umweltgütern und Leistungen 1988 ca. 24 Mrd. DM; sichert ca. 440.000 Arbeitsplätze; Exportanteil wird auf 25% geschätzt) ist aber eher ein - allerdings erwünschter - Nebeneffekt. Der eigentliche wirtschaftliche Nutzen einer engagierten Umweltpolitik liegt darin, daß nur so die natürlichen Lebensgrundlagen die gleichzeitig auch Produktionsgrundlagen sind, gesichert werden können. Eine Wirtschaft, die beim heute erreichten Belastungsniveau Umweltbelange ignorierte, würde den Ast absägen, auf dem sie sitzt.

Inzwischen hat die Diskussion über Ökologie und Ökonomie eine neue Qualität gewonnen. Es ist deutlich geworden, daß die traditionelle, nachsorgende Umweltpolitik nicht ausreicht, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. In vielen Bereichen hat die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses dazu geführt, daß die durchaus erfolgreiche Reduktion der spezifischen Emissionen z.B. einer Anlage durch das Mengenwachstum der Produktion und damit der Emittenten kompensiert wurde. Die ökologische Folge: Auch bei deutlich reduzierten spezifischen Emissionen steuern wichtige Ökosysteme weiterhin auf kritische Belastungsgrenzen zu. Der Wald und die Weltmeere sind dafür herausragende Beispiele.

Beispiel Verkehr: Trotz Dreiwegekat steigen NOX-Emissionen wegen zunehmender Zahl der Fahrzeuge und wachsender Fahrleistungen an. Die ökonomische Folge: Die Kosten für jede weitere vermiedene Schadeinheit steigen exponentiell. Nachsorgender Umweltschutz wird immer teurer und gleichzeitig ökologisch ineffektiver.

Die ökologischen Probleme verschärfen sich bei Betrachtung im globalen Maßstab. Wenn unterentwickelte Länder in Osteuropa und in anderen Teilen der Welt unser Wohlstandsniveau erreichen würden, käme dies bei gegebenen Produktions- und Konsumstrukturen einer ökologischen Katastrophe gleich. Würden z.B. alle Menschen soviel Energie pro Kopf verbrauchen wie wir oder gar die USA, dann würde sich der Energieverbrauch vervierfachen. Heute verbrauchen ein Viertel der Weltbevölkerung über drei Viertel der Primärenergie. Der Pro Kopf-Energieverbrauch in den USA ist fünfmal so hoch wie im Weltdurchschnitt, zehnmal so hoch wie in Südamerika und 24mal so hoch wie in Afrika. Wenn es gelänge, den Pro Kopf-Energieverbrauch auf dem heutigen Stand einzufrieren, ergibt sich allein durch das Bevölkerungswachstum bis zum Jahr 2025 ein Zuwachs des Gesamtenergieverbrauchs von 40 Prozent. Durch Sonnenenergie entstehen jährlich 1.000 bis 2.000 Tonnen Erdöl. Diese Menge reicht gerade aus, um mit 250 Autos täglich eine halbe Stunde zu fahren.

Heute haben in der Bundesrepublik von 1.000 Einwohnern 487 ein eigenes Auto, in den USA sind es über 500. Würden wir diesen Motorisierungsgrad auf die derzeitige Weltbevölkerung übertragen, würde sich der weltweite Pkw-Bestand von heute rd. 400 Mio. auf rd. 2,5 Mrd. verachsfachen. Entsprechend würden Energieverbrauch und Schadstoffe ansteigen. Wenn eine solche Entwicklung bei konstantem Energieverbrauch und konstanter Umweltbelastung stattfinden sollte, müßte der durchschnittliche Verbrauch eines Autos um rd. 85 Prozent abgesenkt werden, d.h. von heute rd. 10 l/100 km auf 1,5 l/100 km. Sie wissen, daß die Entwicklung derzeit in die andere Richtung geht.

Wenn diese negative Entwicklung gestoppt werden soll, darf Umweltpolitik nicht bloß eine Art Luxus sein, den sich eine industrielle Wachstumsgesellschaft leistet. Und sie muß von der nachsorgenden zur vorsorgenden Politik werden. Ökologische Kriterien müssen zum integralen Bestandteil wirtschaftlicher und technischer Entscheidungen auf allen Ebenen werden. Es geht nicht mehr allein darum, der Wirtschaft über das Verursacherprinzip die Kosten für die Beseitigung der von ihr erzeugten Umweltschäden aufzubürden. Es geht vielmehr darum, die Entstehung solcher Schäden von vornherein zu vermeiden bzw. zu minimieren. Wirtschaftliches Handeln muß sich einem ökologischen Imperativ unterwerfen: Ein Optimum (kein Maxi-

mum) an Gütern und Dienstleistungen muß mit einem Minimum an Energie- und Rohstoffverbrauch und ohne oder mit minimaler Umweltbelastung erbracht werden.

Es wäre sicher falsch, Wirtschaftswachstum zu verteufeln oder für generell unvereinbar mit dem Umweltschutz zu erklären (s. Osteuropa). Aber wirtschaftliches Wachstum ist so zu gestalten, daß es dem Minimierungsprinzip folgt und damit in Bahnen verläuft, die mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbar sind. Es reicht nicht, Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung zu entkoppeln, in dem Sinne, daß das eine langsamer wächst als das andere. Wirtschaftswachstum muß in einer Qualität erfolgen, die zu einem absoluten Rückgang der Umweltbelastung führt. Die Brundlandt-Kommission hat dieses Prinzip als Prinzip der nachhaltigen (oder dauerhaften) Entwicklung beschrieben. Seitdem hat ein erfreulicher Diskussionsprozeß stattgefunden, der u.a. dazu geführt hat, daß diese abstrakte Zielsetzung sowohl in der OECD wie in der EG unterstützt wird.

Unsere wichtigste Aufgabe ist, dieses allgemeine Ziel in Form von klar definierten Umweltqualitätszielen zu konkretisieren. Aus diesen Qualitätszielen müssen dann quantifizierte Emissionsminderungsziele und entsprechende Maßnahmenpakete abgeleitet werden. (Beispiel: niederländischer Plan "Umwelt 2000").

Chancen für Wirtschaftswachstum und zunehmenden Wohlstand liegen darin, daß ökologisch unbedenkliche Produktionsverfahren und Produkte auch in wachsenden Mengen von den natürlichen Ökosystemen verkraftet werden können. Solche Produkte und Produktionsverfahren sind freilich in weiten Bereichen noch Utopie, in vielen Unternehmen und Forschungsinstituten wird jedoch bereits intensiv an der Realisierung und Konkretisierung dieser Utopie gearbeitet.

Wie schnell diese Entwicklung fortschreitet und zu marktreifen Produkten führen wird, hängt auch davon ab, wie ehrlich wir in Zukunft ökologische Kriterien ökonomisch bewerten. Denn wo sich solche neuen, ökologisch verträglichen Produkte und Produktionsverfahren noch nicht durchsetzen, liegt dies oft daran, daß sie im Vergleich zu ihren umweltschädlichen Konkurrenzverfahren oder -produkten zu teuer sind. Dies bedeutet aber, daß die freien Umweltgüter immer noch zu niedrig bewertet werden. Ich will mich nicht an den Versuchen beteiligen, die ökologischen Schäden der derzeitigen Produktions- und Konsumstrukturen bzw. den Nutzen eines verschärften Umweltschutzes monetär zu bewerten. In solchen fiktiven Preisen drücken sich immer auch gesellschaftliche Wertvorstellungen aus, die ständigen Veränderungen unterworfen sind. Aber kaum jemand wird heute noch ernsthaft bestreiten, daß um nur ein Beispiel zu nennen, die externen Kosten des Individualverkehrs sich bei weitem nicht in den Preisen für das Autofahren widerspiegeln.

(-/11.6.1991/rs/f0)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

Bundesregierung ohne agrarpolitischen Reformwillen!
**Zur dringend erforderlichen EG-Agrarreform und zum agrarpolitischen Parteitägungsbeschuß
der SPD**

Von Brigitte Adler MdB

Kaum mehr zu überhören ist die Frage in Landwirtschaftskreisen "Wie soll es weitergehen?". Agrarlobbyisten jeglicher Couleur versuchen in der laufenden Diskussion erst einmal ihre Pfründe in Sicherheit zu bringen, statt die dringend notwendige EG-Agrarreform zu unterstützen. Das ist verständlich, sind doch die lautesten Gegner radikaler Reformen zugleich auch die größten Profiteure der jetzigen EG-Agrarkatastrophe.

Kein Wunder also, daß die naheliegende Lösung dieser Agrarmisere, nämlich die umweltzerstörende Überschußproduktion durch eine auf der ganzen Fläche extensiven Landbewirtschaftung zu ersetzen, heftig bekämpft wird. Dabei gibt es kein sinnvolleres Konzept, als im Rahmen eines europaweiten Programmes auf ertragssteigernde Mittel wie Hormone, Masthilfsmittel sowie Halmverkürzer zu verzichten und im Umgang mit Pflanzenschutz- und Düngemitteln restriktiver zu verfahren. Das entlastet die Umwelt, schont die Böden, spart knappe Ressourcen und schützt letztendlich die Verbraucher.

Nur auf diesem Wege wird eine Anpassung der Produktion an den Nahrungsmittelbedarf des EG-Binnenmarktes möglich sein, ohne daß die Landwirtschaft in vielen ländlichen Regionen aufgegeben werden muß. Nur so ist eine Weltmarktentlastung möglich, und nur so können die GATT-Verhandlungen zu einem schnelleren Abschluß gebracht werden. Damit kann sich die Landwirtschaft in zahlreichen Entwicklungsländern aus dem Würgegriff der viel zu niedrigen Preise auf dem Weltmarkt befreien und wieder eine lohnenswerte Inlandsproduktion für den Eigenbedarf beginnen. Die EG hätte die Möglichkeit eine Vorreiterrolle beim Abbau des weltweit praktizierten Öko-Dumpings auf den Weltagrarmärkten zu übernehmen.

Mit dem auf dem Bundesparteitag angenommenen Antrag "Für eine soziale und umweltverträgliche Landwirtschaftspolitik" haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wesentliche Akzente für die Ausgestaltung einer zukunftsweisenden, ökologisch verantwortbaren und mit den Armen dieser Welt solidarischen Landwirtschaft gesetzt.

Ganz anders die Bundesregierung, die weiterhin eine konzeptionslose Agrarpolitik betreibt. Ihr einseitiger Lösungsansatz heißt Mengenreduzierung, jedoch nicht durch Einführung umweltentlastender Produktionsverfahren. Sie geht weiter den Weg der Flächenstilllegung und der restriktiven Agrarpreispolitik, der bereits in der Vergangenheit zu Konzentrationsprozessen in Intensivregionen geführt hat und mittlerweile ganze ländliche Regionen in ihrer Existenz gefährdet.

Die Fortführung dieser Umverteilungspolitik, in der Produktionskapazitäten von bäuerlichen auf agrarindustrielle Betriebe und von benachteiligten Gebieten in Intensivregionen verlagert werden, läßt die Aufwendungen des Staates für die soziale Abfederung des Agrarstrukturwandels vielleicht schneller sinken. Sie jedoch löst keineswegs die Überschußproblematik und ermöglicht schon gar nicht eine umweltverträgliche Landwirtschaft. Diese Form der Abwarte-Politik, die die schwachen Betriebe ohnehin bereits aufgegeben hat, läßt auch für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Vor diesem Hintergrund muß die letzte EG-Agrarpreisrunde gewertet werden. Wenn sie ein Signal für die angekündigten Detailvorstellungen des McSharry-Reformpapiers darstellt, muß scharfster Protest erhoben werden. Die Chance eine wirklich umweltverträgliche Landwirtschaft zu etablieren, in der diejenigen Landwirte ein angemessenes Einkommen erzielen, die nach verbindlich festgelegten Umweltstandards wirtschaften, wird von der Bundesregierung versäumt.

(-/11.6.1991/rs/fü)

Abschied von Dr. Wilhelm Bruns
Zum Tod des langjährigen Abteilungsleiters in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Dr. Jürgen Burckhardt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Nach einer schweren Erkrankung ist Dr. Wilhelm Bruns, Leiter der Abteilung Außenpolitikforschung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, am 6. Juni 1991 verstorben.

Unsere Stiftung trauert mit seiner Frau Beate Bruns, den Kindern Tina und Gerrit und der Familie.

Verein, Kuratorium, Vorstand und Belegschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung fühlen mit Ihnen. Auch wir werden ihn sehr vermissen. Sein Tod reißt in unserer Stiftung eine kaum zu schließende Lücke.

Wir haben mit ihm einen Weggefährten verloren, dem die Stiftung Vieles zu danken hat und dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Dr. Wilhelm Bruns hat über lange Jahre die außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Forschungsarbeit der Stiftung entscheidend geprägt und maßgeblich zu ihrem Ansehen im In- und Ausland beigetragen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung, viele Freunde und Partner in Politik, Diplomatie, Bundeswehr, Wissenschaft und Publizistik mochten und schätzten ihn.

Dr. Wilhelm Bruns kam im Jahre 1978 zur Stiftung aufgrund eines beeindruckenden Ausbildungsweges:

Volksschule, kaufmännische Lehre, 3jährige Verpflichtung bei der Marine, Erlangung der Hochschulreife, Lehramtsprüfung, Studium der Politikwissenschaften, der Geschichte, der Soziologie und des Völkerrechts, Promotion, Hochschulassistent. Alle seine Abschlüsse ragen heraus.

Aber er war keiner, der seine Anerkennung durch Anpassung an Hergebrachtes gewonnen hätte. Im Gegenteil: Unbestechliche Intellektualität, die Fähigkeit zur genauen Analyse und die Eleganz seiner Diskussionsführung - das waren bei ihm hervorstechende Merkmale, verbunden mit Sachkompetenz, politischem Gespür und hohem Engagement für außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen.

Er hat es verstanden, diesen Arbeitsbereich unserer Stiftung - orientiert an den eigenen hohen Ansprüchen - durch den Aufbau und die Leitung einer entsprechenden Forschungsabteilung zu profilieren.

Niemand verstand es so wie er, neue Aufgabengebiete und Fragestellungen zu erschließen und Zugang und Zugriff zu den maßgeblichen Wissenschafts- und Politikbereichen zu finden.

Die Forschung für die praktischen Fragen zu öffnen und den engen Kontakt zur Politik zu wahren - das war die Richtschnur für seine wissenschaftliche Arbeit. Vieles davon ist beispielgebend.

Dr. Wilhelm Bruns hat sich seiner Aufgabenstellung mit Hingabe und Produktivität gewidmet.

Dabei galt sein Interesse insbesondere

- nationalen und internationalen Sicherheitsfragen,
- der Stärkung supranationaler Institutionen im Sinne friedlicher Regelwerke,
- der politischen Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa.

Innerhalb und außerhalb der Stiftung hat ihm dies höchste Anerkennung verschafft. Seine Schriften wurden auch im schnelllebigen Bonn gelesen. Sein Rat wurde gesucht. Er war ein gefragter Gesprächspartner und Mittler im In- und Ausland.

Was ihn besonders bewegte, ja geradezu umtrieb - das waren die deutsche Spaltung und dann der Prozeß der deutschen Einheit.

Deutschlandpolitik - das war für ihn mehr als ein wissenschaftlicher Analysegegenstand. Das war seine wissenschaftliche und politische Leidenschaft. Davon zeugen seine einschlägigen Werke, seine Begegnungen, seine Kolloquien und Fachtagungen sowie seine Vortragsveranstaltungen. Wenn er sich mit einer Thematik auf seine eigene unverwechselbare Art beschäftigte, dann kam daran niemand so einfach vorbei. Dabei war Wilhelm Bruns immer mehr als ein hervorragender deutschlandpolitischer Experte. Er war im besten Sinne des Wortes auch ein Deutschlandpolitiker:

- Mit großem Engagement und Geschick wirkte er auf vielfältige Weise als Mittler zwischen den ehemaligen Teilen Deutschlands.
- Dabei hat er sich nicht nur politische Verdienste erworben; im stillen hat er dort geholfen, wo es nötig und möglich war, um auch menschliches Leid der deutschen Teilung zu mildern.

Auch für die, die es an dieser Stelle nicht können, möchte ich dafür heute noch einmal danken.

Wilhelm Bruns hat sich für die deutsch-deutsche Verständigung eingesetzt. Und über die deutsche Vereinigung hat er sich von Herzen gefreut.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung nimmt Abschied von einem Menschen, der in nur wenig mehr als einem Jahrzehnt dem Profil ihrer Arbeit in einem wichtigen Bereich markante Konturen gegeben hat. Wir haben nicht nur einen engagierten Mitarbeiter verloren - viele von uns auch einen guten Freund.

(-11.6.1991/rs/fü)
